

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Sonnabend, 9. Juni 1928

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 270

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Primos Rücktritt zum Herbst erwartet.

Wandlung der Diktatur.

Von unserem Korrespondenten
Hans Theodor Joel.

MADRID, Anfang Juni.

Die Diktatur Primo de Riveras ist im Frühling dieses Jahres eine andere, als sie im Herbst 1923 begann, eine andere auch, als sie vor einem Jahre war, da ihr Führer mit aller seiner Energie um die königliche Billigung seines Gedankens der „Nationalversammlung“ rang. Aus dem Militärdirektorium des Staatstreichs wurde das Zivilkabinett von Weihnachten 1925, aus dem ohne jede Kontrolle regierenden zivilen Ministerkollegium der folgenden zwei Jahre eine wenigstens moralisch durch die Nationalversammlung kontrollierte, wenn auch immer noch nicht an ihre Beschlüsse gebundene Regierung. Und — was unendlich viel wichtiger ist als jede äussere Form — mit der Wandlung des Kleides änderte sich der Geist: der Vollzugsausschuss der Pratorianer dankte ab und überliess der Politik das Feld. Die Armee, Trägerin des Umsturzes, trat nicht nur in den Hintergrund, sondern stellte sich in wesentlichen Teilen gegen ihren eigenen Führer von ehemals. Stütze der Macht des Diktators wurde an ihrer Stelle die Guardia Civil, das von Innenministerium abhängige Gendarmenkorps. Sie blieb es bis heute. Sie wird auch das Machtinstrument jeder kommenden Regierung in Spanien sein. Und eine andere Regierung wird bald im Ruder sein. Die Tage Primo de Riveras als Diktator sind gezählt. Eigentlich geht es nur noch darum, den günstigen Sternentag für den Wechsel zu finden und — den Nachfolger zu bestimmen.

Primo de Rivera ist schon oft politisch tot gesagt worden. Ja, seine Regierungszeit begann mit dem Versprechen, nach 90 Tagen zurückzutreten. Aber er blieb. Selbst dann, wenn er selbst deutlich genug von Amtsmüdigkeit gesprochen hatte. Er hat gewiss oft geschwankt, um die Erkenntnis gerungen, welchen Weg er einschlagen sollte. Auch jetzt ist es noch nicht lange her, dass er der Öffentlichkeit verkünden liess, er denke an keinen Rücktritt und die Ehe, die er eingehen werde, könne nicht den geringsten Einfluss auf seine Stellungnahme in dieser eminent wichtigen politischen Frage haben. Primo de Rivera ist von einem starken Pflichtgefühl erfüllt. Er hat trotz mancher müden Stunde auf seinem Posten ausgehalten, weil es ihm im Interesse des Staates notwendig erschien. Er blieb auch jetzt, wenn nicht eine höhere Macht ihn zum Rücktritt zwänge: nicht Revolution, kein Komplott, kein Votum eines irgendwie zustandekommenden Parlamentes — nur das Versagen seines kranken und seit Jahren übermässig angestrengten Körpers. Seine Aerzte verlangen Gehorsam, wenn er weiter leben, an anderer weniger exponierter Stelle — etwa als stiller Ratgeber des Nachfolgers — fernerhin für seine Ideen wirken will. Der Diktator ist zuckerkrank. Die fast stets bis tief in die Nacht hinein ausgedehnte Arbeit der letzten Jahre, die unaufhörlich an ihn heranretrenden Repräsentationspflichten haben ihn zermürbt. Diesmal wird er dem Ruf zum Rücktritt gehorchen.

Der Zeitpunkt dürfte noch nicht feststehen. Wahrscheinlich ist, dass der Regierungswechsel im Herbst erfolgt. Man darf wohl mit Recht annehmen, dass das Datum des 13. September, der 1923 den Staatstreich brachte und zwei Jahre darauf den Einzug der bei Kudja Tahar siegreichen Truppen in Tetuan, auch das Ende der Diktatur Primo de Riveras bezeichnen wird. Genau ein Lustrum hätte er dann regiert. Man macht es in Spanien den Schulkindern gern leicht, Geschichtsdaten zu lernen. Die zunächst für den September angesetzte Hochzeit des Ministerpräsidenten ist vorverlegt worden. Zuletzt sprach man vom August, jetzt schon von noch früherem Datum. Es läge nahe, dass seine künftige Gattin noch einige Monate wenigstens als „Präsidentin“ im Zentrum der Gesellschaft und ihrer Ehren stände.

Zweifellos dürfte sein, dass mit dem Rücktritt Primo de Riveras von der Macht das ganze Regierungssystem eine neue Wandlung erfahren wird. Noch ist nicht entschieden, ob Primo de Rivera offiziell seine Ämter niederlegt oder sich nur für längere Zeit — man spricht von zwei Jahren — beurlauben und einen Stellvertreter ernennen lässt. Sollte dieser Weg eingeschlagen werden, dann dürfte mit der Ernennung des Grafen Guda-Ihorce, des jetzigen Verkehrsministers zu seinem Stellvertreter zu rechnen sein. Der Graf ist rein politisch bisher sehr wenig hervorgetreten, hat aber ausserordentlich tatkräftig gearbeitet und in seinem Ressort viel geleistet. Wenn sich die Verhältnisse in Spanien während der letzten Jahre gebessert haben, wenn die spanischen Strassen heute schon zu einem guten Teil den Vergleich mit den besten Automobilstrassen der Welt aushalten, so ist das nicht zuletzt sein Verdienst. Darüber hinaus bringt

Systemwechsel in Spanien.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

MADRID, 9. Juni.

Seit einigen Tagen liegt General Primo de Rivera an einer anscheinend nicht ernsthaften Erklärung zu Bett. Diese Pause in der Arbeit gab ihm Gelegenheit, die augenblickliche politische Konstellation zu überdenken. Schliesslich fasste der Diktator seine Stellungnahme in einem Interview für die offiziöse „Nacion“ zusammen. In diesen langen Ausführungen hat er nicht viel Neues gesagt, aber im Zusammenhang mit den Gerüchten von einem System- oder Personenwechsel in der Regierung kommt ihnen doch erhebliche Bedeutung zu. Primo de Rivera sagt an keiner Stelle, dass er persönlich nicht zurückzutreten beabsichtigt, betont aber wiederholt, dass ein Systemwechsel wohl zunächst nicht erfolgen dürfte. Erst innerhalb der nächsten Jahre sollte die jetzt in Vorbereitung befindliche Verfassung durch Volksabstimmung angenommen und eingeführt werden. Träger des neuen Staates soll die von ihm gegründete Partei „Unión Patriótica“ werden, die er selbst jetzt immer stärker ins aktive politische Leben einführen will. Mit äusserster Schärfe wendet sich der Ministerpräsident gegen die Wiederkehr alter belasteter Politiker, die mit einem Wechsel innerhalb der Regierung rechneten und Morgenluft witterten. Diese verschiedenen Angriffe gegen nicht genannte aber bekannte Personen richten sich offensichtlich gegen den in eingeweihten Kreisen vielbesprochenen Wunsch einer mächtigen Gruppe, den Sohn eines sehr bekannten Gegners von Primo de Rivera ins Ministerium zu bringen. Positiv gibt Primo de Rivera lediglich die Absicht zu, am 13. September, dem fünften Jahrestag der Diktatur, zwei Ministerien, die momentan erledigt sind, neu zu besetzen, nämlich das Ministerium des Aeusseren

und das des Krieges. Die Besetzung des Aussenamts macht er abhängig von der Beendigung der Pariser Tangerverhandlungen bis zu diesem Zeitpunkt, woraus sich die interessante Tatsache ergibt, dass von dem allgemein behaupteten Abschluss des Tangereübereinkommens vorläufig kaum die Rede sein kann. Für das Aussenministerium wird hier der Sohn Antonio Maura, der Mitglied der Nationalversammlung ist, genannt.

Zusammenfassend möchte man zu dem in denkbar grösster Aufmachung herausgebrachten Interview sagen, dass damit

die Ansicht, Primo de Rivera werde innerhalb einiger Monate zurücktreten, nicht widerlegt, sondern eher gestützt wird, während die Meinung, die Systemänderung werde sehr allmählich vor sich gehen, Bestätigung empfängt.

Die gestern bekannt gewordene Auflösung der Verlobung Primo de Riveras mit Senovita Castellanos kann ebenfalls von grosser politischer Bedeutung sein, insofern, als damit für den Diktator seine Heiratspläne soll darauf zurückzuführen sein, dass Fräulein Castellanos sich am vergangenen Montag mit dem Grafen de la Cibera und dem Herzog Almodovar in ein Lokal begab, wo ein nachbörslicher Wertpapierhandel stattfand, und dort Spekulationen in Börsenwerten vorgenommen hat. Der Ministerpräsident hat diese Handlungsweise als eine Unklugheit und einen Missgriff erklärt und daraufhin den Entschluss gefasst, seine Beziehungen zu Fräulein Castellanos unwiderruflich abzubrechen. Durch diesen Schritt fällt nunmehr für den Diktator der Grund fort, der zukünftigen Gattin zuliebe trotz seiner Krankheit sein übermässig arbeitsreiches Amt länger beizubehalten.

Keudell und Hergt befördern Parteifreunde.

Ernennungseifer in zwölfter Stunde.

Im Reichsministerium des Innern und im Reichsjustizministerium erzählt man sich zurzeit ebenso merkwürdige wie erstaunliche Dinge. Es herrscht lebhafter Aufregung darüber, dass das gegenwärtige Kabinett unter deutschnationalem Druck die letzten Tage seiner Herrschaft noch dazu ausnutzen will, um zu den bekannten früheren Beförderungen mit grösster Beschleunigung eine Anzahl weiterer Beförderungen hinzuzufügen.

Im Reichsministerium des Innern ist in den letzten Tagen die Pensionierung des Ministerialdirigenten Daniel erfolgt. Dadurch ist eine Ministerialratsstelle freigeworden, und es besteht nun die Absicht, auf diese Stelle den deutschnationalen Oberregierungsrat Wallraf oder den Regierungsrat Nissen zu bringen.

Die schon seit einiger Zeit bestehenden Beförderungen, dass das gegenwärtige Kabinett während des letzten Restes seiner Amtszeit noch entscheidende Personaländerungen vornehmen werde, werden dadurch bestätigt, dass in den letzten Tagen mit auffälliger Beschleunigung auch im Bereich des Reichsjustizministeriums wichtige Personalveränderungen vorgenommen worden sind. Es wird dazu berichtet, dass der deutschnationale

Reichsjustizminister Hergt im Kabinett diese Umsetzungen mit vierundzwanzigstündiger und achtundvierzigstündiger Fristsetzung betrieben hat,

weil die Geschäftslast der in Frage kommenden Ämterstellen, zum Beispiel beim Reichsgericht, so gross sei, dass die von ihm befürworteten Ernennungen bis spätestens den 10. Juni erledigt sein müssten. In Wahrheit fürchtete er, dass bis dahin die neue Regierung zustande gekommen und sein Nachfolger ernannt sein könnte. Auf diese Weise ist auf eine Reichsanwaltschaft der Oberstaatsanwalt Kirchner berufen worden. Kirchner ist Sachse und war bereits früher als Justizanwalt tätig. Sodann ist der Ministerialrat im badischen Justizministerium Weisser (Karlsruhe) zum Reichsgerichtsrat ernannt worden, und es soll schliesslich Oberlandesgerichtsrat Delius zum Reichsgerichtsrat ernannt werden.

Verwunderung hat es auch hervorgerufen, dass der Ministerialrat im Reichsfinanzministerium, Hepp, zum Reichsfinanzrat beim Reichsfinanzhof in München ernannt wurde.

Das alles sind Dinge, die in der Öffentlichkeit als unerhört empfunden werden, weil niemand begreifen kann, dass die gegenwärtige, auf Abruch lebende Regierung noch derartige weitgehende Veränderungen im Personalbestande des Reiches vornimmt. Es entspricht aber ganz der persönlichen Auffassung deutschnationaler Politiker und Minister, in zwölfter Stunde in dieser Weise vorzugehen. Es heisst auch, dass von dieser Seite dauernd betont werde, das Kabinett sei kein geschäftsführendes Kabinett, sondern ein Vollministerium. Darauf ersieht man, dass es seinerzeit doch gefährlich gewesen ist, dieses Kabinett unter deutschnationalem Kommando noch am Ruder zu lassen,

er mancherlei Eigenschaften mit, die ihn zum Leiter einer Regierung geeignet machen: er redet gut, ist ein energischer Mann und kann durch seine glänzende äussere Erscheinung imponieren.

Wie wird der künftige Ministerpräsident oder Diktator stellvertreter ernannt? Die „Nationalversammlung“ ist geschaffen worden, um den Entwurf einer neuen spanischen Verfassung zu beraten. Die damit betraute Kommission hat ihre Arbeit soeben beendet, ihr Entwurf ist dem Kabinett zugegangen, das sich nun offiziell damit beschäftigt wird, nachdem schon seit länger Zeit die Hauptpunkte seiner staatsrechtlichen Anschauungen der Nationalversammlungskommission bekanntgegeben und zur Grundlage ihres Entwurfs gemacht worden sind. Der Grundzug der kommenden Verfassung wird das Be-

streben sein, die Prinzipien des „alten“ demokratischen Staates mit denen des „Korporationsstaates“ etwa mussolinianischer Erfindung zu vereinigen und dazu die Macht des Königs zu stärken. Sie wird eine Art Parlament mit zwei Häusern kennen. Dabei tritt an die Stelle des alten Senats, des Oberhauses, der „Consejo Real“ oder „Consejo del Reino“, der „Königliche Rat“, dem unter anderem Granden von Spanien angehören — an ihrer Spitze der „Principe de Asturias“, der Kronprinz. Neben ihnen stehen von Stadt- und Provinzialverwaltungen gewählte Vertreter und vom König ernannte Räte. Im ganzen wird dieses Gremium wahrscheinlich hundert Köpfe umfassen. Die „Kammer“ dagegen dürfte aus etwa 400 Mitgliedern bestehen, die zum Teil von den „Korporationen“ delegiert, zum Teil vom König ernannt und zum andern Teil vom